

Landkreis Vorpommern-Rügen

2. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsmitglieder Dirk Arendt und Andreas Teller

Vorlagen Nr.:

A/2/0009

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	06.10.2014

Antrag der Kreistagsmitglieder Dirk Arendt und Andreas Teller: "Keine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern, sowie keine weitere Aufnahme von Asylbewerbern im Landkreis Vorpommern-Rügen!"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Die Mitglieder des Kreistages sprechen sich gegen eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern aus, die derzeit in Heimen leben oder in Zukunft dem Landkreis noch zugewiesen werden sollen.
2. Die Mitglieder des Kreistages verwehren sich gegen die Anordnungen/Pläne der Landesregierung sowie des Landkreises Vorpommern-Rügen, die eine weitere Unterbringung von Asylbewerbern in unseren Landkreis vorsehen und lehnen eine weitere Aufnahme von Asylbewerber im Landkreis Vorpommern-Rügen ab.
3. Die Mitglieder des Kreistages stellen fest, dass Asylbewerber keine Einwanderer sind, sondern dass ihr Aufenthalt in Deutschland allein dem Zweck dient, den Ausgang ihres Asylverfahrens abzuwarten.
4. Der Kreistag stellt in diesem Zusammenhang zudem klar fest, dass die Unterbringung von Asylbewerbern mitten in einem Wohngebiet wie aktuell beispielsweise in Stralsund , Bergen, Grimmen, Sassnitz, Sagard usw. mehrfach geschehen, ein Fehler war und ist, der dem Sinn und dem Zweck des Asylverfahrens widerspricht und geeignet ist, es zu unterlaufen. Die Kreistagsmitglieder fordern den Landrat daher auf, alle Maßnahmen zu unterlassen, die der Integration der Asylbewerber in die deutsche Gesellschaft dienen, um eine mögliche Abschiebung der Asylbewerber nicht zu erschweren, deren Anträge abgelehnt werden.
5. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, geeignete Objekte außerhalb von Wohnsiedlungen- etwa leer stehende Kasernen - ausfindig zu machen, in denen die dem Landkreis zugewiesenen Asylbewerber zentral untergebracht werden können, während sie auf den Ausgang ihrer Verfahren warten. Zudem beschließt der Kreistag, dass nach der Fertigstellung des neuen Asylbewerberheims auf dem Dänholm, alle bereits zuvor in Stralsund dezentral untergebrachten Asylbewerber, dort umgehend wieder einquartiert werden. Auch sollen alle zuvor im Landkreis

dezentral untergebrachten Asylbewerber, in geeignete Objekte außerhalb von Wohnsiedlungen wieder untergebracht werden. Der wieder freigewordene Wohnraum ist der einheimischen Bevölkerung zu Verfügung zu stellen.

6. Der Landrat informiert den Kreistag über alle Einzelheiten der Ergebnisse fortlaufend und zeitnah, jedoch spätestens zur nächsten Sitzung des Kreistages.

Begründung:

Es herrscht allgemeiner Mangel an preiswertem Wohnraum, der sich zu Lasten der einheimischen Bevölkerung verschärfen würde, wenn Asylbewerber auf dem Wohnungsmarkt als zusätzliche Konkurrenten aufträten. Zudem ist während des Asylverfahrens alles zu unterlassen, was der Verfestigung des Aufenthalts dienen könnte. Der Asylbewerber soll nicht Teil der Gesellschaft werden, sondern auf die Entscheidung in seiner Sache warten und dann im Falle einer Ablehnung zügig wieder abgeschoben werden. Hinzukommt das über 98% aller Asylsuchenden abgelehnt werden, da sie kein Anrecht auf Asyl haben!

gez. Dirk Arendt
Kreistagsmitglied